

28.01.2010

# „Kulturpolitik der Kommunen in finanziell schwierigen Zeiten“

Zunächst einige Vorbemerkungen grundsätzlicher Art:

## I.

### Wozu brauchen wir überhaupt Kultur?

Friedrich Nietzsche hat einmal gesagt, Kultur sei nur ein dünnes Apfelhäutchen über einem glühenden Chaos.

Andere sagen, Kultur sei Lebensgrundlage, Kunst und Kultur seien Lebensmittel für jede demokratische Gesellschaft.

Ich habe einmal acht Grundaussagen über die Wirkungsvielfalt von Kultur zusammengestellt:

1. Kultur ist das, was den Menschen zum Menschen macht.
2. Kultur hält die menschliche Gesellschaft im Innersten zusammen.
3. Kultur ist identitätsbildend. Sie prägt die Sprache und die Landschaft, in der wir leben.
4. Kultur ist imagebildend. Sie gibt unseren Städten und Regionen Ausstrahlungskraft.
5. Kultur fördert Kommunikationsfähigkeit und Teilhabe am Kommunikationsprozess.
6. Kultur stärkt das soziale Leben, fördert die Fähigkeit zu eigener Initiative und schärft den Blick für gesellschaftliches Zusammenwirken.
7. Die Beschäftigung mit Kunst und Kultur weckt die notwendigen Phantasiekräfte zur Bewältigung in allen Lebensbereichen.
8. Die Kultur leistet einen wichtigen Beitrag zur Sinn gebenden Lebensgestaltung.

Auch wenn sie nicht immer direkt gesellschaftskritisch und politisch auftreten, schaffen Kunst und Kultur Gegengewichte in einer Welt aus Zweckbestimmungen und Funktionalisierungen.

Kunst und Kultur sind Erfahrungsräume für den Menschen jenseits seiner beiden marktgerechten Rollen als Arbeitskraft und Konsument.

In Kunst und Kultur drückt sich der Wunsch nach individueller Unabhängigkeit und Selbständigkeit aus.

## II.

Was folgt daraus für die Kulturpolitik?

Nach meiner Auffassung muss eine Kulturpolitik, die sich den gesellschaftlichen Herausforderungen stellt, auf drei Ziele orientiert sein:

**1. Kultur darf kein Luxus sein.** Sie muss für alle offen sein, also demokratische Kultur und kulturelle Demokratie verwirklichen.

„Entfremdet und entwürdigt ist nicht nur der, der kein Brot hat, sondern auch der, der keinen Anteil an den großen Gütern der Menschheit hat.“ Dieser Satz von Rosa Luxemburg markiert für mich den entscheidenden Ausgangspunkt jeglicher Kulturpolitik. Diese hat nämlich allen Menschen die Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen.

„**Kultur für alle**“ bleibt die Leitidee auch vor dem Hintergrund der auf absehbare Zeit fortdauernden Finanzkrise der öffentlichen Haushalte aller Ebenen.

Der Zugang zu Kultur darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Auch für den Bereich der Kultur muss das Konzept der Daseinsvorsorge gelten.

Das meint hier ein flächendeckendes Kulturangebot, das zu erschwinglichen Preisen und niedrigen Zugangsschwellen breiten Teilen der Bevölkerung zur Verfügung steht.

Nicht zuletzt steht Kulturpolitik vor der Aufgabe, auch jenen Menschen Zugang zu kulturellen Angeboten zu verschaffen, die unter dem Druck der Globalisierung an Einkommen, sozialer Anerkennung und Selbstwertgefühl verlieren.

Die öffentliche Förderung von Kunst und Kultur bleibt so eine Kernaufgabe unseres demokratischen Gemeinwesens.

Voraussetzung für die kulturelle Entwicklung ist ein Höchstmaß an politischer und kultureller Liberalität, denn jede Kunst, die immer im Grunde auch anarchisch ist, braucht vollkommen freie Bedingungen für ihre Entfaltung.

Dabei hat Kulturpolitik die Chance und die Aufgabe, die bei uns in Deutschland tradierte unselbige Trennung von Kultur und Politik, von Kultur und Gesellschaft zu überwinden.

**Unser kulturpolitisches Ziel sollte sein: Die sozialen Verhältnisse kultivierter und die kulturellen sozialer machen.**

Unerlässliche Bedingung für das alles bleibt der Abbau von Bildungsbarrieren, denn gute Bildung ist der Zugangsschlüssel - auch zu allen Formen der Kultur.

Die ästhetische und kommunikative Erziehung in Kindergarten, Schule und Berufsbildung ist eine unersetzliche Voraussetzung für den Kulturzugang.  
Von gleicher Bedeutung ist die Ausstattung und sind die Konditionen der breiten Kulturangebote in Volkshochschulen und Bibliotheken.

**2. Kulturpolitik muss auf die Erweiterung der Seinsfähigkeit abzielen, der Fähigkeit zu begreifen, zu durchdringen und neu zu empfinden.**

Sie muss, kurz gesagt, die Phantasie und Kreativität der Menschen als ihre mächtigsten Veränderungskräfte stärken. Und sie muss kulturelle Vorurteile, wo immer sie auftauchen, abbauen helfen. Kurz, sie muss beitragen, Menschen zu emanzipieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist unter anderem eine starke Förderung gerade avantgardistischer Ansätze in den Künsten vonnöten.

Denn gerade sie sind die größte Herausforderung für konventionelles Sehen, Hören, Erfassen und Fühlen, gerade sie stellen unsere Toleranz auf die Probe und vermögen sie so zu erweitern.

**3. Wir brauchen eine unbegrenzte Vielfalt kultureller Angebote.**

Nicht nur die klassischen Ausdrucksformen sind zu erhalten und zu fördern und um neue populäre Disziplinen zu ergänzen.

Zu entwickeln ist vielmehr eine breite Alltagskultur, was meint, Kultur des Alltags und Kultur im Alltag zu fördern.

Das heißt etwa verstärkte Unterstützung von Projekten zur Industrie- und Alltagskultur und sozial- und kulturgeschichtliche Projekte.

Das heißt aber auch Förderung von Projekten darstellender Kunst auf Straßen, Plätzen und Betrieben, die zum Mitmachen auffordern.

Dazu gehört auch die Förderung von Kinder- und Jugendtheaterbemühungen, die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern, die mit Kindern und alten Menschen in Kindergärten, Schulen, Berufsbildungsstätten und Alterheimen kreativ zusammenarbeiten.

### III.

Das kulturelle Profil Nordrhein-Westfalens ist einzigartig. Wohl kein anderes Land der Bundesrepublik hat eine solche Vielfalt kulturellen Lebens aufzuweisen wie das junge – oft als „Bindestrich-Land“ etikettierte - NRW. Nicht zuletzt die ersten Veranstaltungen in diesem Jahr der "Kulturhauptstadt 2010 Essen für das Ruhrgebiet" haben das wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Wohl in keinem anderen Bundesland stellt sich die Frage der sozialen, kulturellen und politischen Identität so vielschichtig und beziehungsreich wie in Nordrhein-Westfalen mit seinen komplexen Spannungen von Stadt und Land, von Ballung und Streuung, von landwirtschaftlich geprägten Räumen, traditionellen Industrierevieren und hochmodernen Medienzentren.

Vielfalt und Unterschiedlichkeit, Offenheit und Dynamik – all dies macht die Kultur unseres Landes aus. Wir finden in unserem Land eine vielgestaltige Kulturlandschaft vor, die keinen Vergleich zu scheuen braucht, mit einer bemerkenswerten Dichte von Theatern und Museen, von Chören und Orchestern, einer breiten soziokulturellen Szene und einer lebendigen Migrantenkultur.

Ich sage: Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine der dichtesten und anspruchsvollsten Kulturlandschaften der Welt, die neben New York, London und Paris durchaus bestehen kann.

Kunst und Kultur sind auch wichtig für den Strukturwandel in unserem Land und für die Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit. Zwei Aspekte sind für unsere Kulturpolitik besonders prägend:

1. Die Entwicklung und Präsentation attraktiver kultureller und künstlerischer Spitzenleistungen, die an die erfolgreiche Kulturarbeit in den Regionen anknüpfen, gibt neue Impulse für die vielfältige Kulturlandschaft in NRW.
2. Die Bildung von kulturellen Netzwerken und die regionale Kulturpolitik optimieren das kulturelle Angebot in den nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden und bieten die Chance, europaweit wahrgenommene Profile der Regionen herauszubilden.

### IV.

Den kulturellen Reichtum Nordrhein-Westfalens verdanken wir vor allem der aktiven und nachhaltigen Kulturpolitik unserer Städte und Gemeinden, die dies mit der Unterstützung des Landes erreicht haben.

Neben diese kommunalen Angebote tritt ein vielfältiges Angebot kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen, die vom bürgerschaftlichen und mäzenatischen Engagement von Menschen, gesellschaftlichen Organisationen, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen getragen werden, und ohne die unser Land kulturell viel ärmer wäre.

Es sind also vor allem die kommunalen Kultureinrichtungen und die Veranstaltungen vor Ort, die den Menschen ein breites kulturelles Angebot bieten, das die Pflege des kulturellen Angebots ebenso umfasst wie die Förderung neuer künstlerischen Ausdruckformen.

Allerdings wird unseren Städten und Gemeinden diese Aufgabe immer schwerer gemacht. Die

zentralen Probleme städtischer Kulturpolitik liegen heute in den engen finanziellen Rahmenbedingungen.

Steigende Kosten stehen schrumpfenden öffentlichen Etats und dem Zwang zur Haushaltskürzung gegenüber. Hierunter leiden vor allem die Kommunen und die von ihnen getragenen oder mitfinanzierten Einrichtungen.

Und leider scheint nach wie vor die traurige Erfahrung zu gelten, dass die Kultur zu den schwächsten Gliedern der Finanzkette gehört, dass man hier als Erstes Einsparpotentiale entdecken zu können glaubt.

Vor dem Hintergrund der bedrohlichen finanziellen Lage der Kommunen und des sich verstärkenden Drucks auf ihre Kulturhaushalte brauchen wir neue Denkansätze und Überlegungen, denn auch hier gilt: **"Ohne Moos nix los!"**

Aufgrund der herausragenden Rolle, die die Kommunen als die eigentlichen Träger des „Kulturauftrags“ auch nach unserer Verfassung spielen, wird die Frage ihrer Finanzausstattung zur Existenzfrage für Kunst und Kultur in unserem Land.

Verschärfend zur allgemeinen Lage der öffentlichen Haushalte kommt die Finanz- und Wirtschaftskrise hinzu, die auch private Geldgeber zur spürbaren Zurückhaltung veranlasst. Die Auswirkungen werden insbesondere in den Kommunen Nordrhein-Westfalens spürbar und damit bei den wichtigsten Trägern der Kultur in Nordrhein-Westfalen.

Immer mehr Städte und Gemeinden sind in strukturell aussichtslose Haushaltssituationen geraten. In den nächsten Jahren werden weitere Kommunen in diese Situation kommen. Nach den ersten Anlaufjahren des neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) wird schon bald die ganze Misere der kommunalen Haushalte offenbar werden. Viele Städte in unserem Land werden ihre Aufgaben nicht mehr finanzieren können. Einnahmen und Zuweisungen decken nicht mehr die Ausgaben. Städtisches Vermögen muss veräußert werden oder ist längst aufgebraucht. Eine umfassende Daseinsvorsorge ist vielerorts nicht mehr möglich.

Die Landesregierung steht diesem Problem höchst sprach- und konzeptionslos gegenüber. Sie lässt die Dinge treiben und die bisherigen Instrumente der Kommunalfinanzierung und Kommunalaufsicht funktionieren immer weniger.

Anstatt nach Unterstützungsmöglichkeiten und Hilfe zu suchen, hat die Landesregierung die Lage dadurch verschärft, dass sie verucht hat - wenn auch hier erfolglos - ihren Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen saniert.

Strukturelle Verschlechterungen im GFG, die übermäßigen Belastungen beim Solidarpakt Ost sowie weitere Kürzungen in anderen Einzelplänen des Landeshaushaltes haben bei den Kommunen in den Jahren 2006 bis 2009 zu Mindereinnahmen in Höhe von rund 1,8 Milliarden Euro geführt.

Verdeckt wurde die strukturelle Verschlechterung der kommunalen Haushaltssituation bisher durch die generellen Steigerungen des Steueraufkommens in den vergangenen guten Jahren vor Beginn der Finanzkrise. Allerdings hat die Landesregierung die Städte und Gemeinden auch hier nur unterproportional beteiligt.

Aktuell hat sich die Haushaltssituation des Landes durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise dramatisch verschlechtert. Die Steuereinnahmen bleiben weit hinter den Erwartungen zurück. Für 2010 erwartet der

Finanzminister weitere Einnahmeverluste.

Er kündigte deshalb an, den Haushalt weiter strukturell zu konsolidieren. Dies muss als Ankündigung von Sparmaßnahmen verstanden werden. Offen bleibt dabei, inwieweit das Land die Kommunen zu diesen Sparbemühungen heranziehen wird.

Da die Landesregierung in den vergangenen drei Jahren einen Großteil der Konsolidierungsmaßnahmen auf die Kommunen abgewälzt hat, ist eine Fortsetzung dieser Politik zu befürchten.

Noch dramatischer wird die Entwicklung bei den Einnahmen der Kommunen sein. In den Städten und Gemeinden unseres Landes wird die Haushaltslage also immer bedrohlicher.

Die den Kommunen auch von den Aufsichtsbehörden abverlangten Eingriffe in die freiwilligen Leistungen hatten bereits in den vergangenen Jahren zur Folge, dass immer wieder in die Kulturretats eingegriffen und dort gekürzt wurde. Der haushaltsrechtliche Zwang, die Kultur zu den freiwilligen Leistungen zu rechnen, richtet auf diese Weise immer größeren Schaden an.

So problematisch diese Situation bereits ist, droht sich die Lage jetzt noch weiter zu verschlechtern. Neue massive Begehrlichkeiten gegenüber den Kulturhaushalten stehen "ins Rathaus". Denn die Auswirkungen der vorgenommenen Streichungen im Jugendbereich, im Bereich der Kindertagesstätten oder bei den Lernmitteln lasten jetzt zusätzlich auf den geschwächten Schultern der Städte und Gemeinden.

Die Kompensation der Ausfälle führt dazu, dass die freiwilligen Leistungen, insbesondere die Mittel für die Kultur noch stärker zusammengestrichen werden.

Deshalb meine ich: Vor dem Hintergrund der bedrohlichen finanziellen Lage der Kommunen und des sich ständig verstärkenden Drucks auf ihre Kulturhaushalte brauchen wir dringend neue Denkansätze und Überlegungen.

Dabei kommen wir meines Erachtens letztlich an einer grundlegenden und einschneidenden Gemeindefinanzreform nicht vorbei. Weil es hier über alle Parteigrenzen hinweg tatsächlich ans Eingemachte geht, gehört sie zu den umstrittensten Vorschlägen zur Problemlösung. Denn eine stärkere Berücksichtigung der kommunalen Ebene in der Finanzverfassung bedeutet natürlich eine Senkung der verfügbaren Finanzen für Bund und Länder und damit eine Beschneidung ihrer Macht und ihres Einflusses. Ohne eine zukünftige auskömmliche Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in NRW wird der derzeitige gute Kulturstandart nicht zu halten, geschweige denn zu verbessern sein.

Deshalb muss auch über andere und möglicherweise kurzfristiger zu erreichende Veränderungen nachgedacht werden. In diesem Zusammenhang ist sicher der Vorschlag des Deutschen Kulturrats diskussionswürdig und bedenkenswert. Er fordert, den Kulturbereich zu einer Pflichtaufgabe der Kommunen zu machen und damit die kommunale Kulturfinanzierung haushalts- und kommunalrechtlich besser abzusichern. Die Debatte darüber muss jetzt endlich landesweit ernsthaft geführt werden.

Daneben ist denkbar, einen zusätzlich dotierten Ansatz mit Zweckbindung für Kulturförderung im Gemeindefinanzierungsgesetz vorzusehen. Die zusätzliche Landesförderung der Europäischen Kulturhauptstadt RUHR.2010 mit zwei Euro pro Einwohner an die Kommunen im Regionalverband ist ein Beispiel dafür, wie mit gezielter Landeshilfe Kulturpolitik in den Kommunen gestärkt werden kann. Mittelfristig müssen wir auch über ein Kulturfördergesetz für

Nordrhein-Westfalen nachdenken - etwa nach dem Muster des Jugendförderungsgesetzes NRW.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Problemen der Städte und Gemeinden, ihre Kulturpolitik überhaupt noch finanzieren zu können ist ein unkonventioneller Vorschlag des Vorsitzenden der Kölner SPD-Ratsfraktion, Martin Börschel, interessant. Er fordert die Einführung einer „Städtischen Kulturförderabgabe“. Börschel will, dass jeder Hotelgast, der nach Köln kommt, eine fünfprozentige Abgabe auf den Zimmerpreis zahlt. Das Geld soll direkt von den Hotels eingesammelt werden.

Eine Art Kölner Ku-ltu-rtaxe!

Mit dem sog. "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" ist der Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen deutlich gesenkt worden. Die meisten Hoteliers wollen den Rabatt nicht an die Gäste weitergeben. Viele Kritiker sehen in der Senkung der Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen ein Geschenk an die Hoteliers, Klientelpolitik also.

Es gibt deshalb gute Gründe für diese „Städtische Kulturförderabgabe“, andere nennen es sarkastisch „Bettensteuer“. Diese Abgabe gibt es in ähnlicher Form übrigens in anderen Städten, in Rom, Paris, New York.

Auf jeden Fall steht fest. Den Kommunen fällt die Wahrnehmung der Förderung von Kunst und Kultur zunehmend schwerer. Viele Kommunen arbeiten mittlerweile mit einem Nothaushalt und stehen mit Blick auf die „freiwillige Aufgabe“ Kultur mit dem Rücken zur Wand.

Deshalb wird die Finanzausstattung der Kommunen zur eigentlichen Kardinalfrage für die Förderung von Kunst und Kultur in unserem Land. In dieser Frage ist es fünf Minuten vor zwölf. Wenn jetzt nicht bald entschieden gehandelt wird droht in NRW - spätestens wenn die Lichter des Kulturhauptstadtjahres im Ruhrgebiet verloschen sind, ein kultureller Kahlschlag. Noch einmal: Bei allen finanziellen Problemen dürfen wir eins nicht vergessen: Kultur ist Lebensmittel, wer daran spart, rationiert die geistige und sinnliche Nahrung.

**"Mit der Kultur ist es wie mit der Freiheit – man merkt sie erst, wenn sie nicht mehr da ist".** Dieser Satz stammt von Helga Schuchardt, der früheren Hamburger Kultursenatorin. Dem ist - so meine ich - nichts hinzuzufügen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.